

Bettina Hornhues MdB

Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
Stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Stellv. Mitglied im Ausschuss für Digitale Agenda

Zwischen Bremen und Berlin

Januar 2017

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,*

Ich hoffe sehr, dass Sie alle gut in das neue Jahr gestartet sind und wünsche Ihnen für 2017 viel Gesundheit und Erfolg und natürlich persönlich alles Gute. In Berlin liegen nun schon die ersten Sitzungswochen hinter uns und somit der Start ins parlamentarisch letzte Jahr dieser Legislaturperiode. Insbesondere in der Familienpolitik haben wir viele wichtige Vorhaben umsetzen können, wie das ElterngeldPlus, mehr Geld für die Kinderbetreuung und mehr Qualität in den Kitas, eine weitere Förderperiode für die erfolgreichen Mehrgenerationenhäuser uvm. Es stehen aber auch weiterhin noch wichtige Gesetzesvorhaben in den Startlöchern, wie die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses oder auch die Reform des Mutterschutzgesetzes, für welches ich Berichterstatterin meiner AG Familie bin. Aber auch bei der Gleichstellung der Geschlechter geht es voran: Anfang Januar hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf für mehr Entgelttransparenz vorgelegt. Das parlamentarische Verfahren läuft und ich hoffe sehr, dass wir dieses wichtige Gesetz bald verabschieden können. Wir haben also noch viel zu tun und ich freue mich sehr, auf die spannende Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten. Wenn Sie übrigens Fragen oder Anregungen zu meiner Arbeit haben, melden Sie sich gerne bei mir. Kontaktdaten finden Sie auf der Rückseite!



Herzliche Grüße,

Ihre

Bettina Hornhues

Berlin aktuell

Gesetz zur Stärkung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung

In 2./3. Lesung verbesserten wir die Rahmenbedingungen für die Prüfungs- und Ermittlungstätigkeiten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls und der zuständigen Landesbehörden. Gleichzeitig optimieren wir die Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit mit Informationstechnologie durch die Schaffung eines zentralen Informationssystems oder einem automatisierten Zugriff auf das zentrale Fahrzeugregister. Dadurch tragen wir Sorge dafür, dass Wettbewerbsvorteile illegal handelnder Anbieter besser aufgedeckt werden können und gesetzestreue Unternehmen gestärkt werden.

Jahresbericht 2015 (57. Bericht) des Wehrbeauftragten

Als direkter Ansprechpartner für die Wünsche und Sorgen der Soldatinnen und Soldaten erfüllt der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages eine wichtige Funktion für die Parlamentsarmee. In seinem jährlichen Bericht unterrichtet der Wehrbeauftragte die Abgeordneten über den aktuellen Zustand der Streitkräfte. Die Schwerpunktthemen des diesjährigen Berichts sind die materielle und personelle Ausstattung der Bundeswehr sowie die damit einhergehenden Auswirkungen auf Heimatbetrieb und Einsatz. Dabei ruft insbesondere die hohe Dienst- und Einsatzbelastung Kritik in der Truppe hervor, auch die Vereinbarkeit von Familie und Dienst scheint verbesserungswürdig. Positiv wertet der Wehrbeauftragte insbesondere die verbesserte Betreuung von Einsatzrückkehrern. In seinem Resümee erkennt er in vielen Bereichen Fortschritte, sieht aber Verbesserungsbedarf, damit die Bundeswehr ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Als Berichterstatterin für die Vereinbarkeit von Familie und Dienst bei der Bundeswehr kann ich dem Wehrbeauftragten nur zustimmen. Insbesondere bei der Betreuung der Familien der Soldatinnen und Soldaten und dem Umgang mit psychosozialen, einsatzbedingten Erkrankungen muss sich die Bundeswehr noch stärker für die Familien einsetzen.

**Neuigkeiten aufs iPhone?
Hier geht's zu meiner App:**
(bald auch im Google Playstore)

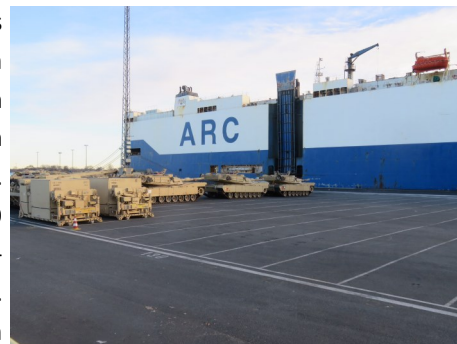


Aktuelle Debatte**Digitale Medien: Falschmeldungen und Hasskommentare haben im Internet nichts zu suchen**

Soziale Medien bieten völlig neue Möglichkeiten der politischen Kommunikation, das erleben wir national wie international. Sie bergen aber auch Gefahren. Erst jüngst haben wir alle im amerikanischen Wahlkampf mitbekommen, wie Falschnachrichten im Internet das politische Geschehen beeinflussen können. Zunehmend sind Facebook, Twitter und Co. zu Plattformen geworden, auf denen Falschmeldungen und Hassbotschaften verbreitet werden. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie die Personen, die diese Meldungen erstellen. Die Betreiber sozialer Medien tragen jedoch eine Mitverantwortung, da sie die Instrumente für eine massenhafte Verbreitung zur Verfügung stellen. Die Union hat schon frühzeitig gefordert, dass rechtswidrige Kommentare in sozialen Medien schnellstmöglich wieder gelöscht werden sollen. Es gilt, die bereits bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen effektiver auszugestalten und durchzusetzen. Die von Hetze Betroffenen müssen schnell zu ihrem Recht kommen. Deshalb wollen wir die Betreiber verpflichten, leicht zugängliche Beschwerdestellen vorzuhalten und innerhalb von 24 Stunden auf gemeldet Hasskommentare und verleumderische Fake-News zu reagieren. Ansonsten soll eine empfindliche Strafzahlung erfolgen. Es geht neben dem Schutz der Persönlichkeit um nicht mehr und nicht weniger als den Schutz unserer Demokratie, deren Grundlage in einem offenen Meinungsaustausch im Rahmen der Rechtsordnung besteht. Ich begrüße sehr, dass der Bundesjustizminister nun den Weg der runden Tische mit den Plattformbetreibern verlassen hat und erwarte, dass er nun sehr zeitnah zusammen mit dem für das Telemediengesetz zuständigen Bundeswirtschaftsminister einen Gesetzentwurf vorlegt.

**Aus dem Wahlkreis****Bremerhaven**

Gleich zu Beginn des neuen Jahres stand ein wichtiger und zugleich spannender Termin in meinem Wahlkreis an. Im Rahmen der NATO Operation „Atlantic Resolve“ wurden am 06. Januar 2017 die ersten



Panzer und weitere mili-

tärische Ausrüstung der US-Armee in Bremerhaven entladen. Mit Hilfe der Bundeswehr wurde die komplette Panzerbrigade dann von Bremerhaven weiter nach Osteuropa transportiert.

Ich konnte mir selbst ein Bild von der Operation und den militärischen Abläufen machen. Die Verlegung zu Übungszwecken der amerikanischen Streitkräfte nach Osteuropa ist ein wichtiges Zeichen für Lettland, Polen, Litauen und Estland. Diese Länder hatten die militärische Unterstützung ausdrücklich gewünscht, da sie sich seit dem Ausbruch der Ukraine-Krise vermehrt von Russland bedroht fühlen.

Die Bereitschaft der USA, eine Panzerbrigade nach Polen zu verlegen, verdeutlicht, dass die USA an der Seite ihrer NATO-Partner und von Europa stehen. Dies versicherte mir auch der US-



Generalmajor Timothy Gamble, mit dem ich ein kurzes Gespräch führen konnte. Der Generalmajor betonte aber auch, dass es sich bei der Operation um eine defensive Maßnahme handelt und von Säbelrasseln gegenüber Russland nicht die Rede sein kann. Denn auch den USA ist bewusst, dass dauerhafte Sicherheit in Europa nur mit Russland erreicht werden kann. Neben den politischen Aspekten verdeutlicht die Operation auch die Bedeutung Bremerhavens als Wirtschafts- und Logistikstandort. Die amerikanischen Streitkräfte haben sich bewusst für Bremerhaven entschieden. Dies zeigt, dass Bremerhaven mit seinem Hafen auch international ein hohes Ansehen genießt.

Büro in Berlin
Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 - 227 79 303
Fax: 030 - 227 76 305

E-Mails richten Sie bitte an:
bettina.hornhues@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bremen

Georg Gleistein-Str. 51
28757 Bremen

Tel: 0421 - 66 59 58 40
Fax: 0421 - 66 59 58 41

Wahlkreisbüro Bremerhaven

Bismarckstr. 2
27570 Bremerhaven

Tel: 0471 - 95 21 67 40
Fax: 0471 - 95 21 67 41

www.facebook.com/hornhues
www.bettinahornhues.de